**Text der Rede, die Wilfried W. Steinert als damaliger Vorsitzender des Bundeselternrates**

**am 29.05.2006 im Rahmen der Anhörung zur Föderalismusreform im Deutschen Bundestag gehalten hat**

**Statement des Vorsitzenden des BER**

**zur Einbringung der Stellungnahme des Bundeselternrates zur Föderalismusreform**

Sehr geehrte Frau Burchardt,

sehr geehrter Herr Schmidt,

verehrte Abgeordnete,

sehr geehrte Damen und Herren,

seit Jahren wissen wir, dass wir mit der Bildung unserer Kinder in Deutschland ein Problem haben:

* Das Problem ist nicht vorrangig die Schulstruktur.
* Das Problem ist nicht vorrangig die mangelhafte Integration den Migranten.
* Das Problem ist nicht vorrangig die große Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Stellung der Eltern.

**Unser Hauptproblem ist eine fehlende nationale Bildungsstrategie.**

Wir brauchen nicht

* 16 verschiedene Lehrpläne für jeden Bildungsgang und für jede Schulform
* 16 verschiedene Schulbuchausgaben
* 16 verschiedene Lehrerbildungen
* 16 verschieden gestaltete Abschlusszeugnisse für den jeweiligen Schulabschluss.

**Wir brauchen die Anschlussfähigkeit unserer Bildung innerhalb Deutschlands!**

Von einer Föderalismusreform im Rahmen der Bildungsverantwortung haben wir Eltern erwartet, dass dieses Problem endlich gelöst wird. Es reicht uns nicht, wenn zwei oder drei Bundesländer im internationalen Vergleich Spitze sind. Jedes Kind in jedem Bundesland muss die gleichen Chancen bekommen!

Bund und Länder stehen in der gemeinsamen Verantwortung und können der nationalen und internationalen Bedeutung von Bildung und Forschung nur gemeinsam gerecht werden! Das vorgesehene generelle Kooperationsverbot widerspricht jeder vernünftigen Zukunftsgestaltung unser Bildungs- und Forschungslandschaft!

Wir brauchen Kooperation! Gemeinsam müssen im Rahmen einer nationalen Bildungsstrategie zu den Bildungsstandards auch die entsprechenden nationalen Kerncurricula entwickelt werden.

Die Lehrerbildung muss endlich dem internationalen Standard angeglichen und innerhalb Deutschlands kompatibel werden und gleichen Qualitätsstandards entsprechen.

Ausdrücklich stimmen wir den Lehrerverbänden, insbesondere dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) zu: Unterschiedliche Qualitätsstandards der Lehrerbildung und länderbezogene Bezahlung sichern keine Qualität, sondern öffnen die Qualitätsschere zwischen den finanzstarken und den ärmeren Ländern nur noch weiter!

Die internationalen Kooperationsmöglichkeiten müssen dringend ausgebaut werden; international muss die Federführung beim Bund liegen. Sonst verabschiedet sich die Bundesrepublik von der Einbeziehung der Bildungspolitik in das gesamte Regierungshandeln. Denn Bildungspolitik ist mehr, als dass es sich in ein Bildungsministerium fassen lässt; Bildung ist eine der Schlüsselkompetenzen

zwischen Familie, Arbeit, Wirtschaft und Finanzen. Wenn der Bund sich aus der Bildungsverantwortung verabschiedet, wird dies zu einer erheblichen Einbuße der Entwicklungsmöglichkeiten aller damit zusammenhängenden Politikbereiche führen.

Die Reduzierung der Mitverantwortung des Bundes auf Bildungsberichterstattung verkennt die herausragende Bedeutung der Bildung für die Zukunftsgestaltung.

Der Kultusministerkonferenz (KMK), mit jährlich wechselndem Vorsitz, gelang es bisher nur auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner Vereinbarungen zu treffen und Reformen einzuleiten. Solange nur ein Land blockiert, ist es in der gegenwärtigen Situation kaum möglich, grundlegende Reformen oder Veränderungen einzuleiten. Ein Beispiel, das uns als Bundeselternrat betrifft: Seit 1984 liegt unser Antrag auf dem Tisch der KMK, für den Bundeselternrat eine ständige Geschäftsstelle einzurichten. Bis heute konnte dieser Antrag nicht entschieden werden, da es immer ein oder mehrere Länder gab oder gibt, denen unsere Arbeit im Bundeselternrat zu unbequem ist. Und wir sind nur ein Mitwirkungsorgan.

In diesem Kontext fragen wir:

Wo soll die parlamentarische Kontrolle der KMK stattfinden?

Ich fasse zusammen:

Die Vorschläge entsprechen bei weitem nicht dem, was wir Eltern uns von der Föderalismusreform erwartet haben. Schlimmer noch: Damit werden die bisherigen bescheidenen Möglichkeiten, unser Bildungssystem gemeinsam weiter zu entwickeln, ersatzlos gestrichen. Zusammen mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) sehen wir die geplante Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen

in der vorliegenden Fassung als eine Bedrohung für eine erfolgreiche Erziehungs- und Bildungspolitik!

Alle Beschwichtigungen der letzten Wochen im Blick auf das Kooperationsverbot, dass man schon Wege finden wird, dieses zu umgehen, zeigen doch, was für ein Unsinn hier verzapft werden soll.

Bei allem Respekt vor dem hohen Haus:

Für den Bereich Bildung ist die Vorlage zur Föderalismusreform Murks!

Geben Sie der Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen eine Chance. Schaffen Sie die Voraussetzungen für eine nationale Bildungsstrategie, in der Bund und Länder im Sinne eines kooperativen Föderalismus ihre Verantwortung gemeinsam wahrnehmen und gestalten können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Wilfried W. Steinert

Berlin, Bundestag

29. Mai 2006